

CDU-Landtagsfraktion stellt Antrag zur Sicherung der Aufgabenerfüllung der Hochschulbibliotheken

Prof. Dr. Horst Posdorf, wissenschaftlicher Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, erläuterte auf einer Pressekonferenz am 5. Juni 1989 die schwierige Situation der Hochschulbibliotheken in NRW.

Wegen nicht erfolgter Anpassung der Personalstellen ist die Situation der Bibliotheken im Hochschulbereich durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Die Studentenzahlen steigen rapide (seit 1980 von 330 000 auf nahezu 460 000).
2. Die Erwerbsausgaben pro Student nehmen stark ab.
3. Die Ausleihen pro Student nehmen zu.
4. Die On-line-Recherchen pro Student nehmen zu.
5. Es findet ein Rückgang der Öffnungszeiten wegen Personalmangel statt.
6. Die Wartezeiten bei Ausleihen und On-line-Recherchen werden immer länger.

Die CDU-Landtagsfraktion NRW fordert in ihrem Antrag „**Sicherung der Aufgabenerfüllung unserer Hochschulbibliotheken**“ von der Landesregierung:

- Die Ausweitung der Öffnungszeiten und die entsprechende Aufstockung des Personalbestandes an den Hochschulbibliotheken.

- Die Erhöhung der Erwerbsmittel für Lehrbuchsammlungen.
- Die Verbesserung der baulichen und infrastrukturellen Bedingungen in den Hochschulbibliotheken.

Die Ausweitung der Öffnungszeiten ist im wesentlichen kein organisatorisches Problem, sondern ein personelles. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren in eklatanter Art und Weise versäumt, den Anforderungen der gestiegenen Zahl der Benutzer und den berechtigten Belangen der Mitarbeiter in gebührender Weise Rechnung zu tragen. Im Sinne der Effizienzsteigerung muß diesem Mißmanagement und dieser absoluten Fehleinschätzung von Tatsachen ein jahes Ende bereitet werden.

Da es an Personal und infrastruktureller Ausstattung mangelt, können unsere Hochschulbibliotheken ihrer Aufgabe nach Informationsvermittlung und Beratung nicht mehr im erforderlichen Umfang nachkommen. Wissenschaftler und Studenten haben das Nachsehen. Teilweise werden in den Hochschulbibliotheken Termine für On-line-Literaturrecherchen schon mit vier Wochen Wartezeit vergeben.

Schließlich hat sich ebenfalls ein Personalmehrbedarf aufgrund der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst von 1 Stunde seit dem 1. April 1989 ergeben.

Die Landesregierung hat zum Ausgleich der kürzeren Arbeitszeit eine Personalauflastung nicht vorgesehen, sondern operiert mit dem abstrusen Begriff der „Arbeitsverdichtung“. **Dieses ist für die Bediensteten wahrlich keine soziale Tat!**

Diese Tatsache wird auch dadurch nicht falsch, wenn die Landesregierung mit dem Geld aus Bonn im zweiten Nachtragshaushalt 30 Stellen für Hochschulbibliotheken bewilligt hat. **Erstens**, weil hierin keine eigene Leistung steckt, und **zweitens**, weil nach sehr vorsichtigen Schätzungen, weit mehr als **100 Stellen im Hochschulbibliotheks bereich allein zur Verlängerung der Öffnungszeiten fehlen!**

Auch sind die 5 Millionen DM aus Bonn, die die Landesregierung für Bücherbeschaffungen einsetzt, **ohne auch nur einen einzigen eigenen Pfennig dazuzutun**, nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Eine erneute Flickschusterei aus dem Hause von Wissenschaftsministerin Anke Brunn, um von der eigentlichen Misere abzulenken.

Erwerbsausgaben

In NRW gibt es fast 460 000 Studenten(innen), für die im Haushalt 1989 für wissenschaftliche Literatur 3 Mio. DM veranschlagt worden sind. Auf den einzelnen Studenten entfallen somit ganze 6,52 DM. Aufgrund der im zweiten Nachtragshaushalt eingesetzten Gelder der Bundesregierung von 5 Mio. DM entfallen damit weitere 10,86 DM pro Student. Jedoch kann auch dadurch nicht, aufgrund der Tatsache, daß in den vergangenen Jahren die Regelbeiträge keinerlei Aufstockung erfahren haben, der erforderliche Bedarf keinesfalls gedeckt werden.

Diese Zahlen belegen sehr eindrucksvoll, so Prof. Dr. Horst Posdorf, daß diese Landesregierung noch weit davon entfernt ist, im Bereich der Literaturversorgung Prioritäten gesetzt zu haben.

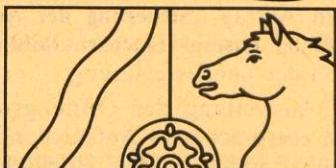
Bauliche Bedingungen

Die Universitätsbibliotheken haben in den letzten Jahren den gestiegenen Studentenzahlen und denen der erforderlichen Bücherbestände nicht entsprechen können. Als nennenswerte — uns allseits stets propagierte — Erweiterung erfolgt gegenwärtig lediglich eine Baumaßnahme bei der Zentralbibliothek der Medizin in Köln mit einem Kostenvolumen von 20 Mio. DM.

Um jedoch im baulichen und infrastrukturellen Bereich an den anderen Hochschulstandorten eine gewisse Entlastung zu schaffen, sind — aufgrund der Vernachlässigung in der Vergangenheit — Investitionen (vorsichtige, realistische Schätzungen) von sehr, sehr weit über **100 Mio. DM** erforderlich.

Im Interesse der Wissenschaft und Forschung, im Interesse der Lehrenden und Lernenden in Nordrhein-Westfalen wird die CDU NRW nicht nachlassen, für die Bildung und Ausbildung unserer jungen Generation und damit für die Zukunft von NRW zu kämpfen.

CDU



NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Situation an unseren Hochschulen ist dramatisch

Auf der einen Seite:

Aus allen Nähten platzenende Fachbereiche, Rekordzuwächse bei den Studienanfänger- und Studentenzahlen, eklatante Engpässe bei den Personal- und Sachmitteln.

Auf der anderen Seite:

Eine konzeptionslose, perspektivlose und zusätzlich hilflose Landesregierung, deren Worte und Taten sich diametral gegenüberstehen.

Eine Landesregierung, die ohne die tatkräftige Hilfe unserer Bundesregierung (Strukturhilfegesetz: 756 Millionen DM Bundesmittel für NRW jährlich,

Bund-Länder-Programm: 40 Millionen DM Bundesmittel für NRW jährlich) vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Hochschulpolitik stünde.

Die Landesregierung äußert sich zwar regelmäßig zur Bedeutung von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Entwicklung für die Bildung und Ausbildung unserer jungen Menschen und für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik in unserem Land, sie lässt die erforderlichen Konsequenzen daraus jedoch vermissen.

Es fehlen

- ein mit unseren Hochschulen abgestimmtes Gesamtstrukturkonzept für die

zukünftige Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen,

- ein in sich schlüssiges Förderungskonzept, das die Forschungsförderungspolitik des Landes für Partner in Staat, Wissenschaft und Wirtschaft durchsichtig macht und eine koordinierte Förderung der Aktivitäten ermöglicht.
- Geredet wird von zurückgehenden Studentenzahlen.

Tatsache ist:

Die Studentenzahlen sind seit 1980 konti-

nuerlich von **330 000** auf über **454 000** gestiegen.

Tatsache ist auch, daß in NRW lediglich **216 107 Studienplätze** zur Verfügung stehen und die Plandaten bis 1992 nur **219 330 Studienplätze** ausweisen.

Geredet wird von besonderen Leistungen des Landes zur Bewältigung des „Studentenberges“ durch das sogenannte Notzuschlagprogramm. Tatsache ist, daß diese Mittel ständig vor Wahlen stark aufgestockt und unmittelbar nach den Wahlen wieder drastisch zurückgefahren werden.

CDU macht Reform der Gemeindeordnung nur bei Direktwahl der Bürgermeister mit

„Eine Reform der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung wird es mit der CDU Ruhrgebiet nur dann geben, wenn damit die Doppelspitze von Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren beseitigt und für die hauptamtlichen Oberbürgermeister als Chef von Rat und Verwaltung die direkte Volkswahl eingeführt wird.“

Diese Position vertrat der Vorsitzende der CDU Ruhrgebiet, Staatssekretär Dr. Norbert Lammert MdB, jetzt vor der Bezirksversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU (KPV) in Herne.

Die Trennung der beiden Ämter stehe insbesondere in der Wirtschaftsförderung und kommunalen Arbeitsmarktpolitik klaren Verantwortlichkeiten, eindeutigen

und zügigen Entscheidungen und deren Umsetzung in der Verwaltung immer mehr entgegen und erweise sich damit als Standortnachteil gegenüber süddeutschen Kommunen und Regionen. „Die erkennbare Neigung der SPD, der Bevölkerung die Direktwahl zu verweigern“, erklärt sich für Lammert „nicht zuletzt aus der zu Recht bezweifelbaren Popularität solcher SPD-Bewerber, auf die sich SPD-Partei- und -Fraktionsgremien als Kompromiß einigen könnten.“

Die Delegierten der 14 KPV-Kreisverbände im Ruhrgebiet wählten erneut Erich Immesberger (54) zum Vorsitzenden. Immesberger ist u. a. Vorsitzender des Wirtschaftsförderungsausschusses im Rat der Stadt Essen.

CDU: Aufklärungskampagne zum SPD-Bildungsbetrug

Mit einer landesweiten Informationskampagne will die nordrhein-westfälische CDU über den „SPD-Bildungsbetrug“ aufklären. Damit wendet sich die Union gegen den dramatischen Unterrichtsausfall von 300 000 Stunden und den Abbau von Lehrerstellen, dem seit 1981 schon jede 10. Planstelle zum Opfer gefallen ist. Besonders die Eltern will die Union gegen diese „Rotstift-Politik“ mobilisieren.

Heftige Kritik übt die CDU daran, daß die SPD-Landesregierung den Erziehungsurlaub zur Sanierung der Landesfinanzen mißbraucht. Von den 1 200 Lehrkräften, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, werden nur 500 ersetzt. Dadurch spart das Land jedes Jahr rund 42 Mio. DM. Die Sonder Schulen für Lernbehinderte, an denen drama-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)



(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

tische Verhältnisse herrschen, erhalten durch den von der SPD in aller Eile durchgepeitschten 2. Nachtragshaushalt keine zusätzlichen Lehrer. Geringere Klassenstärken soll es nur im 1. und 5. Schuljahr geben. 85% der Schüler werden also von besseren Lernbedingungen ausgeschlossen.

Dazu der schulpolitische Sprecher der CDU NRW, Herbert Reul: „Diese Rotstift-Politik muß endlich gestoppt werden. Wir brauchen neue und ehrliche Berechnungsverfahren statt der antiquierten Schüler-Lehrer-Relation. Kleine Klassen muß es für alle Kinder geben. Deshalb muß die Mindeststärke von 18 auf 15 Schüler gesenkt werden. Nur so können wir kleine Klassen und kleine Schulen sichern. Jährlich müssen 1500 neue Lehrer eingestellt werden. Wenn Lehrerinnen Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, muß das eingesparte Geld im vollen Umfang für Ersatzkräfte ausgegeben werden. Die Sonderschulen, vor allem die für Lernbehinderte, brauchen sofort Hilfe, also heute neue Lehrer. Unsere Kinder müssen uns etwas wert sein.“

Kommunalwahlkampf: Junge Union NRW bietet Vorbereitungsseminare

11.—13. 8.:

Grundkurs Kommunalpolitik

Themen:

- Gemeindeordnung NW
- Bürgerbeteiligung und -ansprache
- Haushaltrecht
- Bauen und Planen

Beginn: Freitag, 17.00 Uhr

Ende: Sonntag, 16.00 Uhr

Ort: Bonn

Kosten: 30,— DM

12./13. 8.:

Bürgeransprache und Öffentlichkeitsarbeit

(Informationsseminar zur politischen Rhetorik)

Beginn: Samstag, 14.00 Uhr

Ende: Sonntag, 16.00 Uhr

Ort: Raum Ruhrgebiet

Kosten: 20,— DM

19./20. 8.:

Bürgeransprache und Öffentlichkeitsarbeit

(wie 12./13. 8.)

Ort: Raum Bonn

Auskünfte: Telefon (02 11) 136 00 44

Junge Union Nordrhein-Westfalen via Computer

Die Junge Union geht neue Wege: Über eine Wuppertaler Telefonnummer richtet die Junge Union eine sogenannte Mailbox, einen elektronischen Briefkasten, ein. Wer im Besitz eines Personalcomputers nebst Akustikkoppler ist, kann künftig dort Informationen über Termine, Veranstaltungen und Beschlüsse abrufen. Offiziell geht die JU-Mailbox am 25. Juni in Betrieb.

NRW-Box:

Wuppertal (02 02) 44 95 15

CDU NRW führt öffentliche Experten- anhörung über Natur- und Biotopschutz durch

Die Zahl der wildlebenden Pflanzen in NRW geht ständig zurück, immer mehr Arten sterben aus, Ökosysteme sind gefährdet. Nordrhein-Westfalen hinkt bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten hoffnungslos hinterher, die Landschaftsplanung kommt nicht überall voran, von einem Biotopverbundsystem sind wir weit entfernt.

Braucht der Naturschutz in Nordrhein-Westfalen eine Arche Noah?

Die CDU Nordrhein-Westfalen will mit einer öffentlichen Expertenanhörung zum Natur- und Biotopschutz in NRW neben einer Bestandsaufnahme auch die Perspektiven ermitteln. Was können wir tun, um die Situation zu retten?

Wir haben dazu namhafte Experten und Wissenschaftler eingeladen. Zusätzlich sind Naturschutzverbände eingeladen worden, die wir ebenso wie die Experten auch um Antworten auf unseren Fragenkatalog bitten.

Sie alle sind herzlich eingeladen, diese Expertenanhörung zu verfolgen, selbst Fragen zu stellen und mit Experten und Vertretern der Naturschutzorganisationen zu diskutieren.

Die CDU wird die Ergebnisse dieser Tagung sorgfältig auswerten und für das Landtagswahlprogramm als Grundlage nehmen.

Termin:

3. August 1989, 10.00 bis 17.00 Uhr

Düsseldorf, Landtag

CDU-Fraktionssaal

Raum E 3/A 02

Fragenkatalog für die Anhörung der Experten:

1. Wie beurteilen Sie den Bestand und die Entwicklung wildlebender Tiere und Pflanzen in NRW?
2. Welche Arten sind derzeit akut gefährdet und welche Maßnahmen müssen kurzfristig ergriffen werden, um sie zu retten?
3. Was muß getan werden, um in den letzten Jahren verlorengegangene Arten wieder heimisch zu machen?
4. Wieviel Naturschutzfläche brauchen wir in NRW und welche Instrumentarien und Mittel sind erforderlich, um die wenigen Naturschutzgebiete um ein Vielfaches zu erweitern?
5. Warum hat das Landschaftsgesetz NRW als Instrument für den Natur- und Biotopschutz so kläglich versagt? Was muß verbessert werden?
6. Was kann und muß die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes für NRW bringen?
7. Sollten zusätzlich Instrumente zur Finanzierung des Landschafts- und Naturschutzes geschaffen werden? Was halten Sie von dem Vorschlag einer Naturschutzabgabe?
8. Welche Maßnahmen sind künftig zur Anreicherung der Ökologie an Fließgewässern und Umland erforderlich, um Lebensräume für Tier- und Pflanzengesellschaften nachhaltig zu verbessern? Wie können Biotopverbundsysteme geschaffen werden und brauchen wir zusätzlich weitere Strategien, um langfristig Arten- und Ökosysteme zu retten oder wieder anzusiedeln?
9. Welche Nutzungen können in Naturschutzgebieten zugelassen sein und welche Auswirkungen haben Sie?

Termine

3. 8. 1989	10.00 Uhr	Natur- und Biotopschutz in NRW Bestandsaufnahme und Perspektiven Öffentliche Anhörung der CDU NRW (Auskünfte: Telefon [02 11] 136 00 53)	Düsseldorf
14. 8. 1989	18.00 Uhr	CDU NRW, Pressefest, Wasserstraße	Düsseldorf
25. 8. 1989		JU-Kamingespräch mit Dr. Klaus Bednarz (Auskünfte: Telefon [02 11] 136 00 44)	Köln
26. 8. 1989		Kommunalwahlauftakt mit Dr. Helmut Kohl und Dr. Norbert Blüm	Düsseldorf
29. 8. 1989	18.00 Uhr	WIV BV Ruhrgebiet Informationsveranstaltung „Innovation durch Qualifikation“ (Auskünfte: Herr Lehnen, Telefon [02 11] 136 00 50)	Oberhausen
31. 8.—2. 9. 1989		KPV Bund Bundesdelegiertenversammlung und Kommunalkongreß 1989	Köln
1. 9. 1989	16.30 Uhr	CDU BV Ruhrgebiet Forum Ruhrgebiet mit Dr. Heiner Geißler (Auskünfte: Telefon [02 34] 58 27 45)	Hamm
2. 9. 1989		JU Nordrhein-Westfalen 7. NRW-Tag (Auskünfte: Telefon [02 11] 136 00 44)	Borken
20. 9. 1989	18.00 Uhr	WIV BV Ruhrgebiet Informationsveranstaltung „Bedeutung der Aus- und Weiterbildungszentren im Ruhrgebiet“ (Auskünfte: Herr Lehnen, Telefon [02 11] 136 00 50)	Duisburg
1. 10. 1989		Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen	